„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Ehrlich,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391

Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.

Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.35; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 20c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Canada als Zweisprachenland

Die Losung „one flag, one language" gehört zum eisernen Bestand britischer Rassenfanatiker in Canada. Wenn es ihren geheimen und oft genug auch öffentlich ausgesprochenen Wünschen nachginge, müßte die „Canadisierung", die nichts anderes als Anglisierung sein soll, im Eiltempo eines Blitzzugs verwirklicht werden. Irgendwelches Verständnis für die geschichtliche und wirtschaftliche Entwicklung Canadas, irgendwelche Gefühle für natürliche, menschliche und kulturelle Eigenarten sind den verbohrten Vertretern eines einseitigen Rassenstandpunktes ebenso fremd wie der Sonntag einer Kuh.

Daraus entspringen dann jene rednerischen Stilblüten, wie sie z. B. Hon. Dr. J. W. Edwards, der Großmeister und Souverain der Orange Lodge von Britisch-Amerika, in einer Massenversammlung von 1500 Menschen in Ottawa vor wenigen Tagen anzuwenden beliebte. Nach Schluß der fünften Session der Grand Lodge von Ontario-Ost erklärte der Oränge-Häuptling am 19. März in einer langen Rede, die von „Patriotismus" strotzte,

> **er verurteile jene Politik, welche die Einwanderung vieler Fremdgeborener nach Canada gestatte, da es doch den britischen Inseln schwer falle, ihren rasch wachsenden Bevölkerungsüberschuß unterzubringen. „Es ist Platz in Canada für alle von wirklich britischer Abstammung, und es darf niemals gestattet werden, daß das Englische als Canadas Nationalsprache verdrängt wird."**

Soweit der Orange-Großmeister Hon. Dr. J. W. Edwards. Man würde dem Herrn zuviel Ehre erweisen, wenn man sich auf seine Stoßseufzer einließe. Aber sie mögen als passende Einleitung zu dem dienen, was wir nachstehend näher zu erläutern haben.

Um die Sprachenfrage in Canada richtig zu beleuchten, müßte man Canadas Geschichte, deren Studium man gar nicht dringend genug empfehlen kann, seit den letzten dreihundert Jahren aufrollen. Doch ist das im Rahmen eines Zeitungsartikels nicht gut möglich. Der Kürze halber sei nur die Tatsache festgestellt, daß Canada faktisch ein Zweisprachenland ist. Eine einheitliche canadische Nationalsprache gibt es nicht und wird es menschlicher Voraussicht nach niemals geben. Wohl ist das Englische seit der Eroberung Ostcanadas durch die Briten zu einem wesentlichen Faktor im Geschäftsleben, in der Verwaltung und in der Politik geworden. Aber neben dem Englischen steht auf Grund uralter Tradition, freundschaftlicher Abmachung und verfassungsrechtlicher Festlegung das Französische. Solange diese Sprache noch in canadischen Parlamenten und in canadischen Gerichtssälen gleichberechtigt mit der Sprache des Eroberers erklingt, solange kann von einer einzigen canadischen Nationalsprache keine Rede sein, ganz abgesehen davon, daß eine Nationalsprache auch eine Nation voraussetzt, deren Existenz in Canada erst nachgewiesen werden müßte. Wer z. B. wie Schreiber dieser Zeilen Gelegenheit hatte, an der Konvention der Französisch-Canadier von Saskatchewan am 10. 11. und 12. März in Regina teilzunehmen, mußte den Eindruck erhalten, daß dieser Volksteil nicht im entferntesten daran denkt, seine Muttersprache und die Ueberlieferungen seiner Ahnen aufzugeben. Das bewies unter anderem auch der Beifall, den Minister Dr. J. M. Uhrich erntete, als er in glänzender Rede hinwies auf die Geschichte der Französisch-Canadier, auf ihre zahlenmäßigen Fortschritte, auf das Recht der nationalen Minderheiten, das mit der Zivilisation unzertrennlich verbunden sei, und auf die besondere Eigenart Canadas als eines Zweisprachenlandes. Gerade der letztere Punkt wurde von Herrn Dr. Uhrich besonders fein ausgearbeitet. Er meinte — und ganz mit Recht — Canada werde sich unter den Kulturländern einen Ehrenplatz erobern, wenn es von sich sagen könne, daß jeder seiner Bürger mindestens zwei Sprachen beherrsche. Was für die französisch-canadische Tagung von Saskatchewan gilt, gilt natürlich in noch weit stärkerem Maße für die Provinz Quebec, jenes Herzenskleinod eines jeden französischen Alteanadiers. Es kann daher nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß auch noch weiteren hundert und zweihundert Jahren die Französisch-Canadier ihre Muttersprache unverfälscht und rein bewahrt haben werden — zugleich ein mächtiger Ansporn für uns, mit gleicher Zähigkeit und Treue an unserer deutschen Muttersprache festzuhalten.

Wenn schon Canada ein Zweisprachenland ist und bleiben wird, so ist die Forderung nur berechtigt, daß jeder Bürger mindestens zwei Sprachen beherrsche, die ihn in den Stand setzen, sich in die Anschauungen und in die Ideenwelt zweier Nationalitäten hineinzuversetzen. Die sich daraus ergebende Erweiterung des geistigen Horizontes, die Bereicherung der Landeskultur und die bessere Befähigung zu erfolgreichem Wirken in Handel und Verkehr sollten fürwahr Gründe genug sein, um den Gedanken des Zweisprachensystems zu verwirklichen. Das Nächstliegende dabei ist, daß jeder Canadier neben der englischen Sprache noch seine eigene Muttersprache in Wort und Schrift vollständig sich zu eigen macht. Wer noch eine dritte Sprache dem hinzufügen will, möge das Französische wählen, dessen kultureller Wert und dessen sprachliche Schönheit allgemeiner Beachtung wert sind.

Nehmen wir gegenüber dem Zweisprachensystem die eben gekennzeichnete Haltung ein, so gewinnen wir dadurch auch einen festen Grund für unsere unerbittliche Forderung nach gerechter Berücksichtigung unserer deutschen Muttersprache in den Schulen der deutschen Distrikte. Sie sei uns genau so teuer und heilig wie den Franzosen die französische und den Engländern die englische Sprache.

Feindselige Haltung der Kriegsveteranen gegen fremdländische Einwanderung

Die „Great War Veterans' Association" von Saskatchewan beschäftigte sich auf ihrer kürzlichen Tagung in Saskatoon wieder einmal mit der Einwanderungsfrage. Da wir unsere Pappenheimer kennen, sind wir uns auch über ihre bisherige Haltung in dieser Hinsicht nicht im Unklaren. Wir konnten folglich auch nicht erwarten, daß die Herren Kriegsveteranen inzwischen etwas aus der Vergangenheit vergessen oder aus der weltpolitischen Entwicklung der letzten Jahre gelernt haben. Sie sind die Alten geblieben, wie es sich für so tapfere Krieger geziemt.

Umso überraschender wirkt es, daß in Saskatoon eine Resolution eingebracht werden konnte, die sich zu Gunsten einer ausgewählten Einwanderung aus allen fremden Ländern erklärte. Das wäre vernünftig und gerecht gewesen. Aber der Antragsteller hatte die Rechnung ohne seine Kameraden gemacht, die nichts Eiligeres zu tun hatten, als die Resolution nach allen Regeln der Kunst zu zerpflücken.

Ein Herr Douglas von Swift Current meinte zum Beispiel, die Resolution stehe in schroffem Widerspruch zu dem Standpunkt, den die „Great War Veterans" in den letzten zwei Jahren eingenommen hätten. Da hat er gewiß den Nagel auf den Kopf getroffen. Doch er fuhr fort: **„Wir wollen nicht unsere Bürger aus China, Japan oder Deutschland auswählen oder aus einer Anzahl anderer Länder, die ich noch erwähnen könnte."** Spüren die werten Leser den Fußtritt und den Faustschlag, die ihnen als Menschen deutscher Abstammung vom Herrn Douglas verabreicht werden? Da soll noch einer kommen und von britischer „Gastfreundschaft" sprechen!! Wir alle sind Söhne und Töchter des einen deutschen Vaterlandes, ganz gleich wo unsere Wiege stand. Wir alle, die wir uns Deutschcanadier nennen, werden von dem Kriegshelden aus Swift Current mit den Chinesen auf eine Stufe gestellt. Merkt du was, deutscher Michel?

Doch es sollte noch besser kommen. Ein anderer Delegat in Saskatoon, dessen Name von der englischen Presse in Regina verschämt verschwiegen wird, legte das folgende rührende Geständnis ab:

> **„Wir können mit der fremden Bevölkerung nicht konkurrieren. Sie stehen bei Sonnenaufgang auf und arbeiten auf ihren Feldern und Kartoffeläckern bis Mitternacht. Wollt Ihr Euere Frauen und Kinder solchen Verhältnissen aussetzen? Wenn wir die „Fremden" hereinkommen lassen, so werden sie uns von unserem Land vertreiben. Sie zwangen bereits Soldatenfedler und andere Farmer zum Verlassen ihrer Farmen."**

An und für sich enthält diese Aeußerung eine sehr schmeichelhafte Anerkennung für uns. Denn sie besagt klipp und klar: Die verhaßten Fremden sind doch tüchtigere und fleißigere Leute als wir. Aber unter allem kennt der Konkurrenzneid. „Wir können nicht konkurrieren." Dieses Wort spricht Bände. Soll Canada ein Land zäherer und härterer Arbeit sein, oder ist es ein Land, in dem man sich behaglich in den Schaukelstuhl legen, dicke Zigarren rauchen, Hennessy trinken und möglichst auserlesene Speisen soll? Wie es mit der Verdrängung der Soldatensiedler bestellt ist, wissen unsere Leserinnen wohl selbst am besten. Vielleicht läßt sich in späteren Jahren einmal eine zu herzhaften Lachen reizende Humoreske darüber schreiben. Die Herren Kriegshelden können sich bei anderer Stelle dafür bedanken, daß man sie mit dem Danaergeschenk der Soldatenheimstätte abgespeist hat.

Aber eines wollen wir doch den Herrschaften noch zum Schluß ins Stammbuch schreiben: „Den Tüchtigen gehört die Welt." Zum Faulenzen und zum Herumlungern hat uns der Herrgott nicht in die Welt gesetzt.

Weltumschau

Deutschland.

Die Erklärung des früheren amerikanischen Botschafters Alanson B. Houghton in Berlin bei seiner kürzlichen Ankunft in New York, die monarchistische Frage werde in Deutschland während der nächsten zehn oder zwanzig Jahre keine Rolle spielen, wird in hiesigen Kreisen viel besprochen. Ein bekannter Führer der Deutschnationalen sich über diese Angelegenheit wie folgt aus:

„Wir sind Botschafter Houghton sehr dankbar dafür, daß er diese monarchische Legende endlich abgetan hat. Frei und offen geben wir zu, daß wir Monarchisten sind, aber wir glauben auch, daß eine Monarchie momentan nicht denkbar ist. Unser derzeitiges Ziel ist, Deutschland nach innen aufzubauen. Die Monarchie ist unser Endziel, das indes erst nach vielen Jahren erreichbar sein dürfte. Wir hoffen, das Präsidentenamt wird in seiner weiteren Entwicklung Zustände zeitigen, durch die sich der Uebergang zu einer monarchischen Regierungsform leicht bewerkstelligen läßt und so wenig Komplikationen hervorrufen wird, als dieses zur Zeit in Belgien und England der Fall ist. Das deutsche Volk verlangt nun einmal nach einem Oberhaupt mit voller Autorität. Gleichgültig, wie groß die Machtvollkommenheiten eines Präsidenten auch immer sein sollten, er wird den Wunsch des deutschen Volkes nach einem gekrönten Haupt mit einem gewissen Nimbus nie zufriedenstellen können. Die Deutschnationalen stimmten auf der Weimarer Nationalversammlung dafür, dem Präsidenten weitgehende Vollmachten einzuräumen, obgleich sie wußten, der erste Reichspräsident werde der radikalen Richtung angehören, einfach weil sie sich sagten, die Zeit werde kommen, die es ermöglichen werde, die Präsidentschaft so umzugestalten, daß deren Verwandlung in eine Monarchie nur eine logische Folge sein werde. Wenn nun auch unser Endziel die Monarchie ist, begreift dieses durchaus keine aggressive Politik in sich. Deutschland wird niemals einen Angriffskrieg führen."

Die bayerische Bauernpartei hat den Reichstagsabgeordneten und früheren Reichslandwirtschaftsminister Anton Fehr als Präsidentschaftskandidaten nominiert. Er ist der siebente Kandidat für die am Sonntag, den 29. März, stattfindende Wahl.

Wehrminister Geßler erklärte vor dem Ueberseeklub in Hamburg, der Versailler Vertrag erlaube Deutschland ein Heer von 100,000 Mann zum Grenzschutz nebst einem gleichzeitigen Versprechen, daß Deutschlands Abrüstung das Vorspiel zu allgemeiner Entwaffnung bilden solle. „Dieses Versprechen ist nicht blos nicht erfüllt," sagte der Minister, sondern heute stehen in Europa eine halbe Million Mann mehr unter den Waffen als vor dem Krieg. Im Ausland heißt es, Deutschland sei technisch, aber nicht moralisch entwaffnet. Dieser Vorwurf hat teilweise Berechtigung, weil das Verbrechen allgemeiner Entwaffnung nicht gehalten worden ist." Geßler ist überzeugt, daß Deutschlands moralische Abrüstung schnell gehen wird, wenn es moralisch behandelt wird.

Deutschland wird in kurzem den französischen Bahnen 4000 Bahnwagen liefern, die eine der hauptsächlichsten Sachleistungen Deutschlands unter dem Dawes-Plan während der nächsten sechs Monate bilden wird. Die französischen Bahnen hatten erklärt, daß sie das deutsche Fabrikat nur unter der Bedingung übernehmen wollen, wenn es dem französischen in Qualität gleichkomme und billiger sei als letzteres. Den deutschen Fabrikanten bereitete es keine Schwierigkeit, diese beiden Bedingungen zu erfüllen.

Was das deutsche Verkehrswesen für die deutsche Wirtschaft und für den Wiederaufbau bedeutet, das will die Deutsche Verkehrsausstellung München 1925 aller Welt in einer zusammenfassenden ernsten, würdigen Schau zeigen. Die führenden deutschen Unternehmungen, unterstützt vom Reich und von den Ländern, sind schon am Werk, mit ihren Scharen erprobter verkehrstechnischer Beter und Arbeiter diese gewaltige Schau im Bilde des heutigen technischen Hochstandes aufzurichten. Sie wird erweisen, daß zähe deutsche Arbeit in Werkstätten und Laboratorien, in Konstruktionsbureaus und Maschinensälen, in Kontoren und in Lagerhallen dem deutschen Verkehrswesen und seiner steten Fortentwicklung, heute wie einst, mit unleugbarem Erfolg gewidmet ist. Tatsächlich gibt es keinen unter den Gegenständen des täglichen Bedarfs, aber auch keinen unter denen des Luxus, der nicht, bevor er in die Hand des Besitzers gelangt, in Beziehung zum Verkehrswesen gestanden hätte. So ist das Verkehrswesen ein wirtschaftspolitischer Faktor von gewaltigster Bedeutung für die Gesamtheit des Volkes und für jeden einzelnen. Dies in überzeugender, großzügiger und lehrreicher Schau für jedermann darzutun, zur Hebung und Förderung des Verkehrswesens in allen seinen vielgestaltigen Zweigen, ist die Hauptaufgabe der Deutschen Verkehrs-Ausstellung München 1925, die vom Juni bis Oktober stattfindet.

Professor August von Wassermann, Direktor des Kaiser Wilhelm-Instituts für experimentelle Therapie und Professor der inneren Medizin an der Berliner Universität, ist im 59. Lebensjahr verschieden. Er war einer der bedeutendsten deutschen Gelehrten auf dem Gebiete der medizinischen Wissenschaft und Urheber der nach ihm benannten Wassermann-Blutprobe.

Frau Becker, die Gattin eines Handarbeiters in Dessau, schenkte ihrem 27. Kinde, einem gesunden Knaben, das Leben. Elf der anderen Kinder sind Mädchen, darunter mehrere Zwillinge, und noch am Leben. Die älteste verheiratete Schwester Beckers gebar an demselben Tage Zwillinge. Becker ist 48, seine Frau 47 Jahre alt. („Sieh Vaterland, magst ruhig sein!")

Danzig

Die Völkerbund wird einen neuen finanziellen Wiederaufbau unternehmen durch Aufnahme einer Anleihe von 47,500,000 für die Freistadt Danzig. Das Geld soll zu allgemeiner wirtschaftlicher Entwicklung der Hafenstadt dienen.

Die Anleihe wird als Stadtverwaltung Danzig Hypothekenpfandbriefe zu 7 Prozent aufgenommen werden. Unter Leitung der Völkerbund werden die Unterhandlungen mit Londoner Banken geführt.

Die Auflegung der Anleihe, welche die Billigung des Völkerbundsrates erhalten hat, entspricht der erklärten Absicht der Liga, wenn irgend möglich, bei der finanziellen Wiederherstellung Europas mitzuhelfen. Das Vorgehen im Interesse von Danzig folgt dem kürzlichen Bericht des Finanzkomitees, in welchem dargelegt wird, daß die allgemeinen Finanzverhältnisse in Europa sich stetig bessern.

Oesterreich

In einer Wiener Antiquitätenhandlung erschien jetzt ein Urenkel des Kaisers Franz Joseph, seine drei Jahre Lebenszeit als Wochenschreiberling, in dessen Berliner er genau wie die anderen Lehrlinge den gewerblichen Fortbildungsunterricht besucht. Der fürstliche Lehrling ist ein Sohn der Fürstin Elisabeth Windischgrätz, die als Tochter des verstorbenen Kronprinzen Rudolf eine Enkelin des Kaisers Franz Joseph ist. Nachdem ihre Ehe mit dem Fürsten Otto Windischgrätz geschieden war, sprach man über die vier Kinder zu, die sich alle zeichnerischen Berufen zuwenden wollen. Ihre Tochter Christine ist Schülerin eines Wiener Realgymnasiums, der älteste Sohn Franz Joseph bildet sich in der landwirtschaftlichen Akademie in Mödling aus, Ernst besucht die Kunstschule und der Jüngste, Rudolf, ist der oben erwähnte Schülerschreiber.

Ungarn.

Nach den Bestimmungen des von der Regierung eingebrachten Wahlrechtsgesetzentwurfes soll jeder 24 Jahre alte Mann wahlberechtigt sein, der seit zehn Jahren ungarischer Staatsbürger ist, seit zwei Jahren in derselben Gemeinde wohnt und eine Volksschulklassen besucht hat. Wer Frauen, die das 30. Lebensjahres und an Besitz von sechs Volksschulklassen gebunden. Mitten von den Männern und Frauen, die ist vollständig vorsorgt, brauchen nur vier Volksschulklassen besucht zu haben. Absolventen von Hochschulen sind ohne Rücksicht des Alters und des Geschlechts wahlberechtigt. Soldaten sind nur Wahlberechtigte nach Vollendung des 30. Lebensjahres. Das ganze Land wird durch eine neue Gesetz in Wahlbezirke eingeteilt. Die Stadt Budapest wählt nach dem Verhältnissystem 25 Abgeordnete. In Budapest und Umgebung, ferner in allen Städten und in 3 Bezirkswahlkreisen soll die Abstimmung geheim geführt.

Der unmittelbare Gegensatz der die Wahlfreiheit vorsieht, regelt in wenigen Worte das Wahlverfahren und überträgt die Wahlgerichtsbarkeit dem Verwaltungsgerichtshof.

Die Vorlage enthält auch die Bestimmung, daß die Abgeordneten einen Eid auf den ungarischen Staat und auf die ungarische Verfassung abzulegen haben. Das Nichtleisten der Ablegung des Abgeordnetenedes hat den Verlust des Mandates zur Folge. Die Tätigkeit der Abgeordneten muß von jeder fremden Einfluß sein. Weisungen von außerhalb des Abgeordnetenhauses stehenden Faktoren dürfen nicht entgegengenommen und es darf die Parteien, insbesondere ausländischen Personen, Behörden oder Institutionen, keine Rechenschaft abgelegt werden. Wer sich gegen diese Bestimmung oder gegen seinen Eid vergeht, erweist sich seines Mandates unwürdig und das Abgeordnetenhaus kann sein Mandat für erloschen erklären.

England

Der britische Volkswirtschafter J. M. Keynes, der einer der Hauptgegner der Wiedereinführung der Goldwährung ist, erklärt sich entschieden gegen die von der Regierung geplante Aufhebung des Ausfuhrverbotes auf Gold und bemerkt, der Plan, die Sterlingpreise an die Dollarpreise zu ketten, in einem Augenblick, da die letzteren ihren Gipfel erreicht haben, könnte für Großbritanniens Wirtschaft verhängnisvoll werden. Die Bedingungen, unter denen man den Sterlingspreis ohne unmittelbare Gefahr für England an den Dollarpreis ketten könnte, wären erst dann gegeben, wenn der Dollar auf einer etwas höheren Stufe als in der letzten Zeit stabilisiert sein würde.

Die Aufhebung des Ausfuhrverbotes auf Gold käme, wie Keynes erklärt, der Verkündigung gleich, daß das Pfund die Parität mit dem Dollar erreicht habe und sie behalten werde. Die richtige Reihenfolge sei selbstverständlich, zuerst die Tatsache zu schaffen und sie dann zu verkünden. Die Aufhebung des Ausfuhrverbotes sollte gilt die letzte Phase in der Wiederherstellung der Vorkriegsverhältnisse sein und nicht die erste.

Keynes gibt dann die Gründe an, weshalb er die Beibehaltung einer „kontrollierten Währung" auf die Dauer wünsche, anstatt der Einführung der Goldwährung. Sein Hauptgrund ist, daß die Schwankungen von Handel und Arbeitsgelegenheit, die am häufigsten vorkommenden ökonomischen Krankheiten der modernen Gesellschaft, hauptsächlich Krankheiten des englischen Kredit- und Bankwesens sind, am leichter geheilt werden können, wenn England die Kontrolle seiner Währung in der eigenen Hand behalte.

Für Großbritannien würde die Goldwährung praktisch nichts anderes bedeuten, als dasselbe Preisniveau und denselben Zinsfuß zu haben, wie die Vereinigten Staaten. Der ganze Zweck sei, City und Wallstreet starr aneinander zu binden. Dies ist nach Ansicht Keynes' eine gefährliche Politik.

Frankreich

Die Besprechungen des Premiers Herriot mit den britischen Außenminister Austen Chamberlain und Dr. Eduard Beneich, dem Außenminister der Tschechoslowakei, eröffneten eine neue Epoche in den Sachen Europas nach dauernder Ruhe. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden sich hieraus längere Unterhandlungen entwickeln. Eine Konferenz wird erst dann einberufen werden, wenn sich eine bestimmte Grundlage für ein allgemeines oder teilweises Einvernehmen über Mittel zur Beschaffung von Sicherheit an den Grenzen ergeben hat. Bei den Meinungsaustauschen trat als springender Punkt die Tatsache hervor, daß Frankreich noch immer an der Ansicht festhält, das Liga-Sicherheitsprotokoll möge als Mittel zur schließlichen Lösung des Sicherheitsproblems dienen, während Chamberlain das Protokoll als tot betrachtet. Das Sicherheitsproblem gelangte allgemein zur Besprechung. Hierbei beschränkte man sich auf direkt interessierte Mächte, ausschließlich Deutschland. Der britische Außenminister Chamberlain vertrat hierbei den Standpunkt, daß der von Berlin für ein Sicherheits-Abkommen gemachte Vorschlag eine Grundlage für weitere Erörterung biete und er schlug vor, der Plan solle weiter erwogen werden. Premier Herriot entgegnete, die französische Regierung sei bereit, in Erörterung eines Planes einzutreten, der zur Beruhigung Europas beitragen möge. Frankreich halte jedoch an der Ansicht fest, daß Sicherheit und Abrüstung sich nicht von einander trennen ließen. Auch müsse irgendein Plan, auf den man sich einige, ob allgemeiner Natur oder nur teilweisen Charakters, das Sicherheitsprinzip zur Grundlage haben, wobei obligatorische schiedsrichterliche Lösung von Streitigkeiten an erster Stelle komme und die Abrüstung erst später.

In diplomatischen Kreisen herrscht die Ansicht vor, daß die Stimmung des Kölner Brückenkopfs angesichts der Zurückziehung des Genfer Sicherheits-Protokolls durch die britische Regierung auf unbestimmte Zeit verschoben werden dürfte. Von Seiten Englands ist immer geltend gemacht worden, die Räumung der Kölner Zone sollte nicht mit der Sicherheitsfrage verknüpft werden, sollte vielmehr in die Wege geleitet werden, sobald Deutschland den Bestimmungen des Versailler Vertrags, besonders zwei Punkte, welche durch die Unterhaltung der Militärkontroll-Kommission aufgeklärt worden, nachgekommen ist.

Die französische Haltung ist eine direkt entgegengesetzte. Paris steht sich nur den Standpunkt, unter dem Versailler Vertrag stehe den Alliierten das Recht zu, in den besetzten Gebieten so lange zu bleiben, als nicht alle Vertragsbestimmungen erfüllt worden seien.

Die Debatte in der Deputiertenkammer über die Reorganisierung und Verwaltung der drei Departements von Elsaß-Lothringen erzielt durch wilden Tumult und heftiges Gezänke und Gegenrufung. Der Radau nahm zu einer Zeit solche Dimensionen an, daß Kammerpräsident Painleve sich genötigt sah, die Sitzung einmal aufzuheben und ein zweites Mal mit Vertagung drohte. Zum ersten Radau kam es, als der Oppositionsabgeordnete Pottou Du Plessis Premier Herriot einen Tartuff (Heuchler) nannte. Hierüber von dem Vorsitzer Painleve zur Ruhe gerufen, erklärte Du Plessis, die ganze Aufregung vor der Kammer sei eine Sammlung von Tartuffs. Der Sozialist Marx rief den zweiten und viel größeren Tumult hervor. Während der Elsässer Abgeordnete Walter, der das Departement Niederrhein vertritt, sprach, unterbrach ihn der Sozialist mit der bissigen Bemerkung: „Ihr Elsässer seid ja gar keine Franzosen. Es ist hohe Zeit, daß hier französisch und nicht elsässisch geredet wird." Der Elsässer Walter machte dann weitere vergebliche Versuche, seine Rede fortzusetzen, doch war der Tumult auf Seite der Linken so groß, daß er sich genötigt sah, abzutreten. Unter begeistertem Beifall und Zurufen von der Rechten und der Mitte trat er dann ab.

Widersprechende Ansichten über die Ausdehnung des katholischen Schulstreiks, der vom Bischof von Strasburg für ganz Elsaß als Protest gegen Herriots Politik der Einführung von Simultanschulen angeordnet wurde, werden laut. Die katholischen Blätter, wie auch die Geistlichen sprechen von einem großen Erfolg, während die Sozialisten das Resultat als einen Mißerfolg bezeichnen. Die katholischen Zeitungen zufolge, beteiligten sich auf dem Land 90 bis 95 Prozent der Kinder am Streik, in gewissen Ortschaften nahm auch nicht ein einziges Kind am Unterricht teil. Von Seiten der Regierungsblätter wird auf den kleinen Prozentsatz der Kinder hingewiesen, die in den Städten vom Unterricht fernbleiben, eine Tatsache, die von den Katholiken auch zugegeben wird. Die letzteren behaupten indes, 50 bis 60 Prozent aller katholischen Kinder des Elsaß hätten am Streik teilgenommen. „Journal de Debt", ein gemäßigtes republikanisches Organ, schreibt, die katholische Geistlichkeit habe der Regierung gezeigt, daß sie großen Einfluß habe. Zugleich erklärt das Blatt aber auch, viele Familien seien durch die Herausforderung der staatlichen Behörden ernstlich beunruhigt worden.

Pastor Klein, Präsident des Konsistoriums in Colmar und der einzige Vertreter der Augsburgischen Konfession im Elsaß, erklärte, daß die Protestanten sich solchen Schulen, in denen der Religionsunterricht für Mitglieder aller Kirchengemeinschaften obligatorisch ist und von Geistlichen einer jeden Religion erteilt wird, nicht widersetzen. Sollten aber die neuen in Kraft tretenden Verordnungen nur den Weg vorbereiten, um später jeden Religionsunterricht in den Schulen auszuschalten, dann würden die Protestanten sich der Protestbewegung der Katholiken gegen Laienschulen anschließen.

Abgeordneter Pfleger des Oberrhein-Departements hat eine öffentliche Erklärung erlassen, in der er die Katholiken auffordert, sich durch die Warnung des Präfekten vom Unterrhein, daß ein Schulstreik eine strafbare Gesetzesverletzung wäre, nicht einschüchtern zu lassen. Das Gesetz könne die Leute nur warnen, eine Bestrafung aber sei in diesem Falle ausgeschlossen.

Schweden.

Eine Aussperrung von 156,000 Arbeitern in verschiedenen Industriebetrieben Schwedens ist von den Arbeitgebern angeordnet worden, um eine Herabsetzung der Lohnraten zu erzwingen. Wahrscheinlich werden die Arbeiter Unionen mit einem Generalstreik antworten. Von den Arbeitgebern wird erklärt, eine Lohnreduktion entspreche der Geschäftslage sei notwendig. Auf Betreiben der Regierung, war die geplante Massenaussperrung der Arbeiter vor einer Woche verschoben worden und Verhandlungen wurden eingeleitet, um einen gütlichen Ausgleich zuwege zu bringen. Die beiderseitigen Konferenzen verliefen jedoch fruchtlos.

Italien.

Der Streik der Metallarbeiter, welcher in Brescia begann, als dort 7000 Mann die Arbeit niederlegten, nachdem ihre Lohnforderungen abgewiesen worden waren, dehnt sich weiter aus. In Mailand sind 1500 Mann an den Streik gegangen und in vielen anderen Städten, darunter Turin und Novi, drohen Ausstände.

Bulgarien

Das ganze bulgarische Kabinett begab sich nach dem Palast des Königs, um diesen mit der inneren und äußeren Lage bekannt zu machen.

Offiziell wird zwar erklärt, daß diesem Ereignis keine besondere Bedeutung zukomme, aber unter dem Volke und in politischen Kreisen wird der ungewöhnliche Besuch der Minister beim König lebhaft besprochen und es sind Gerüchte im Umlauf, daß eine Aenderung der Regierung bevorstehe.

Hiesige Blätter machen der jugoslawischen Regierung den Vorwurf, daß sie nichts tue, um die Grenzüberfälle und die kommunistische Propaganda gegen Bulgarien auf serbischem Boden zu verhindern, wodurch der Stand der bulgarischen Regierung sehr erschwert werde. Unter anderem wird erklärt:

„Mit allem Nachdruck muß darauf hingewiesen werden, daß in einer für Bulgarien schweren Zeit, in der Regierung und Volk gegen bolschewistische Umtriebe zu kämpfen haben und Tag und Nacht alarmiert stehen, die Komplotte der Revolutionselemente sich ruhig und gemütlich auf serbischem Boden bilden und ausrüsten können und ihre Ueberfälle und sonstigen Anschläge auf bulgarisches Gebiet. Gut und Leben der feindlichen Bürger machen, ja daß sogar gemeingefährliche Räuberbanden, wie die Bande Georgi Zantschews, die jeder Kulturstaat die Pflicht hat, festzunehmen und auszuliefern, den Schutz serbischer Behörden genießen. Das ist und kann nur möglich sein, weil gewisse Faktoren besondere Absichten Bulgarien gegenüber haben."

Ver. Staaten

Mit der Ernennung von Dr. Jacob Schurman, bezeigt Gesandter in Peking, zum Botschafter bei Deutschland und seiner sofortigen Bestätigung durch den Senat kam die Neuverteilung der größeren diplomatischen Posten in Europa zu Ende. Beamte des Staatsamtes sehen in der Berufung Schurmans nach Berlin einen folgerichtigen Schritt, trotzdem die Lösung in China und im fernen Osten gerade jetzt dem Pekinger Posten eine überragende Bedeutung verleihen.

Drei neuen Botschafter ist Deutschland kein unbekanntes Land, und traute Erinnerungen dürften sich ihm an manche deutsche Stätte knüpfen. Er hatte seine frühe Erziehung in Canada erhalten, dann drei Jahre lang in London und Edinburgh studiert und dort Preise und Stipendien im Griechischen, in englischer Literatur, politischer Oekonomie und Philosophie gewonnen. Dann erkoren ihn die Hilbert Treuhänder für ihr Reisestipendium, das um jene Zeit als das beste der Welt galt, und er begab sich nach Deutschland, wo er in Heidelberg, Berlin und Göttingen zwei Jahre lang auf Grund des Hilbert Stipendiums deutsche Philosophie studierte und die Freundschaft der hervorragendsten deutschen Gelehrten genoß. Später studierte er noch zwei Jahre lang in Italien und der Schweiz.

Herr Schurman ist 70 Jahre alt. Er wurde am 22. Mai 1854 in Freetown, Prince Edward Island, Canada, als Sohn von Robert und Lydia S. Schurman, Nachkommen einer New Yorker holländischen Familie, geboren und 1892 im Staate New York naturalisiert.

Türkei

Der Kommissär für die türkische Presse gab zu, daß die Revolution in Kurdistan einen viel größeren Umfang habe, als aus den bisherigen Berichten hervorging. Er sagte, es werde mindestens drei Monate dauern, bevor der Aufruhr vollständig unterdrückt sein wird. Die Rebellen ziehen sich jetzt aus dem Gebiete von Diarbekr nach befestigten Plätzen im südlichen Bergland zurück, wo sie gegen angreifende Truppen im Vorteil sind.

Die Nationalversammlung in Angora hat noch einen großen Kredit für militärische Operationen gegen die Kurden bewilligt.

Japan.

Ein großer Brand im nördlichen Teil von Tokio machte 20,000 Menschen obdachlos, 3000 Gebäude sind zerstört nebst einer noch ungeschätzten Zahl von Unglücksfällen.

—Die Welt, die ein jeder in sich trägt, ist das Wichtigste, und es liegt zum Teil in unserer eigenen Macht, sie groß und rein und schön zu gestalten, weder Ort noch Zeit, noch äußere Umstände können ihr etwas anhaben. Fr. L. Kraze.

—Das ist die wahre Natur des Heims: es ist ein Ort des Friedens; die Zuflucht nicht nur vor aller Verletzung, sondern vor allem Schrecken, allem Streit, aller Spaltung. Ruskin.

Mißverständnis. Ein am ganzen Kopf verbundener Mann tritt in die Unfallstation ein. Beunruhigt: „Sie, Sie verheiratet?" — „Nein, ich bin von der Straßenbahn überfahren worden!"